

---

FDP Marburg-Biedenkopf

## MARBURG MUSS SEINER VERANTWORTUNG ALS OBERZENTRUM WIEDER GERECHT WERDEN

02.06.2026

---

Die Freien Demokraten Marburg-Biedenkopf fordern eine stärkere Ausrichtung der Marburger Stadtpolitik an den Anforderungen eines leistungsfähigen Oberzentrums. Marburg übernimmt für den gesamten Landkreis und die umliegende Region zentrale Aufgaben bei Arbeitsplätzen, Hochschulen, Gesundheitsversorgung, Einzelhandel, Verwaltung und Kultur.

Viele Menschen aus dem Umland sind täglich auf eine funktionierende Anbindung nach Marburg angewiesen, sei es zum Arbeiten, Studieren, Einkaufen oder für notwendige medizinische Versorgung. Stadtpolitik darf deshalb nicht allein aus der Perspektive der Kernstadt gedacht werden.

*„Marburg muss seine Verantwortung für die gesamte Region wieder konsequenter wahrnehmen“, erklärt Tom Kewald, Kreisvorsitzender der Freien Demokraten Marburg-Biedenkopf. „Als Oberzentrum ist die Stadt auf eine verlässliche Erreichbarkeit aus dem Umland angewiesen, vor allem für Arbeitnehmer, Studierende, Patienten, Unternehmen und deren Kunden. Projekte wie MoVe 35 haben gezeigt, dass Vertrauen verloren geht, wenn diese regionale Perspektive nicht ausreichend berücksichtigt wird. Künftige Stadtpolitik muss die Bedürfnisse von Stadt und Umland wieder stärker zusammendenken.“*

Die FDP kritisiert, dass sich die Marburger Stadtpolitik in den vergangenen Jahren zu häufig mit Symbolprojekten und ideologischen Debatten beschäftigt hat, während zentrale Standortfragen zu wenig Priorität hatten. Das betrifft nicht nur die Verkehrspolitik. Auch die angespannte Haushaltslage, die starke Abhängigkeit von wenigen großen

Gewerbesteuerzahlern und die Unsicherheit am Pharmastandort zeigen, wie verletzlich Marburgs wirtschaftliche Grundlage geworden ist.

Marburg braucht deshalb eine Politik, die wirtschaftliche Dynamik, Erreichbarkeit und die Interessen des Umlands wieder stärker berücksichtigt. Größere städtebauliche und verkehrspolitische Projekte sollten künftig regelmäßig darauf geprüft werden, welche Auswirkungen sie auf die regionale Funktion Marburgs haben. Unternehmen dürfen nicht als Selbstverständlichkeit betrachtet werden und die Stadt muss aktiv um Investitionen, Arbeitsplätze und Wertschöpfung werben. Dazu gehören eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur, weniger bürokratische Hürden, schnellere Genehmigungen, digitale Verwaltungsangebote und eine klare Unterstützung für Mittelstand, Einzelhandel, Gründer und Industrie.

**Die FDP fordert deshalb, dass Stadt, Landkreis und Umlandkommunen enger und verbindlicher zusammenarbeiten. Marburg darf seine Rolle nicht nur für sich selbst denken, sondern muss Verantwortung für die gesamte Region übernehmen.**